



Bangladesh auf dem Wege zur Demokratie?

Wetter, Menschen und Politik sind in Bangladesh unberechenbar. Obwohl viele Bangladeshi schon lange das Ende der Regierung Ershad erwartet oder gefordert hatten, kam der Sturz des Regimes schließlich doch unerwartet und plötzlich. Am 4. Dezember warf eine riesige, spontane Volksbewegung den selbstsicheren Herrscher aus dem Sattel. An diesem Freitag im Dezember hielten nur noch die Nutznießer des Regimes und einige ausländische Diplomaten und Experten Muhammad Ershad für einen "fähigen Politiker" und "unanfechtbaren Staatsmann". In ausgelassenen Triumphdemonstrationen mit karnevalistisch-theatralischen Einlagen feierte das Volk einen Sieg, der mit dem Sieg im Befreiungskrieg 1971 verglichen wurde. Parlamentswahlen Ende Februar werden entscheiden, wie es politisch in Bangladesh weitergeht. Ein Beitrag von Klaus Beurle.



Soldaten vor der Baitul Mukarram Moschee in Dhaka (Foto: Altaf Hossain)

Opfer der eigenen Manipulation

Am 4. Dezember trat Präsident Ershad zurück. Am 6. Dezember hatte er sämtliche Bedingungen der Opposition erfüllt. Ein Übergangsregierung unter dem Obersten Richter Shahabuddin Ahmed als amtierenden Präsidenten übernahm die Staatsgeschäfte. Ex-Präsident Ershad und seine Frau Roushan, "Mrs. 10 percent", wurden unter Hausarrest gestellt. Als Begründung nannte die Übergangsregierung "Korruption und Machtmissbrauch". Vize-Präsident Moudud Ahmed und verschiedene Minister wurden inhaftiert. Andere flohen aus dem Land.

Im wesentlichen hat Ershad durch drei seiner letzten Schachzüge, mit denen er wie häufig zuvor Herr der kritischen Lage zu bleiben glaubte, sich selbst zu Fall gebracht: die von seiner eigenen Partei, der 'Jatiya Party', als Ablenkungsmanöver lancierte Zerstörung von Hindu-Tempeln und Hindu-Häusern am 31. Oktober, die bewaffneten Angriffe einer gekauften Schlägertruppe auf die Studentenunion während einer Demonstration am 24. November und schließlich die willkürliche, gänzlich unerwartete Ausrufung des Notstands verbunden mit der Ankündigung der Pressezensur am 27.



Demonstration der Opposition unter Führung von Sheikh Hasina am 4. Dezember (Foto: Altaf Hossain)

November. Damit war das Maß voll. Teile der Bevölkerung waren jetzt zu äußersten Opfern bereit, um der auswuchernden Manipulation und Ausbeutung ein Ende zu setzen.

Gewaltfreier Aufstand des Volkes

Zwar hatten die Oppositionsparteien und vor allem die Studenten eine führende Rolle beim Sturz des Ershad-Regimes gespielt. Aber letztlich war es das einfache Volk, Nachbarschaftsgruppen und namenlose Menschen in Dhaka, die den General stürzten. Als Bewohner der Hauptstadt Dhaka vom 31. November an, mit dem Risiko ihres Lebens, vier Tage lang die Ausgangssperre durchbrachen und sich am 4. Dezember in den bis dahin größten Massen in den Straßen Dhakas versammelten, war die Macht Ershad gebrochen. Der bewaffnete Aufstand des Volkes hatte ungefähr 70 Menschen das Leben gekostet. Es war der gewaltfreie Volksaufstand am 4. Dezember, der die als "illegal und unmoralisch" erklärte Militärregierung stürzte.

Vorausgegangen war dem Volksaufstand der passive Widerstand verschiedener Berufsgruppen, die die Legitimität der Regierung Ershad öffentlich denunziert und zu Nicht-Kooperation und zivilem Ungehorsam aufgerufen hatten. Journalisten traten am 27. November in den Streik. Professoren und Lehrer folgten ihnen zwei Tage später. Richter, Rechtsanwälte und Ärzte und schließlich Hunderte von Beamten legten ihre Ämter nieder und boykottierten ihren Dienst. Der Staat war somit lahmgelegt. Ershad konnte jetzt an den Wänden den

Willen seines Volkes ablesen. Voll Spannung wartete die Bevölkerung auf aktuelle Meldungen und Handlungsanweisungen der Opposition, die sie ausschließlich dem englischen und amerikanischen Rundfunk ablauschten. Als die Oppositionsführer am 2. Dezember rigoros ein letztes Kompromissangebot Ershads als irreführend ablehnten, zog auch die stark privilegierte Armee ihre Unterstützung für ihren General zurück. Die Ära Ershad war damit beendet.

Ein besseres Bangladesh?

Doch bereits inmitten der Siegesfreude stellten Besonnene die Frage: Was wird danach kommen? Werden die Lebensverhältnisse besser werden? Oder wird über kurz oder lang Ershad als Garant der Stabilität und äußeren Ordnung, wenn nicht zurückgerufen, so doch zurückersehnt werden? Werden Parteien und Interessengruppen wieder in wilde Machtkämpfe verfallen und ein Chaos schaffen, das die Armee von neuem dazu verleitet, ungerufen einzugreifen? Hat nach dem "Sieg des Volkes" die Demokratie in Bangladesh überhaupt ein solides Fundament? Sheikh Hasina Wajed, Tochter des "Vaters der Nation" und Führerin der 'Awami League', hat sofort nach dem Sieg gewarnt, "wachsam zu sein, damit uns der Sieg nicht von undemokratischen Kräften aus der Hand gerissen wird."

Die Aussichten auf ein "besseres Bangladesh" sind allerdings alles andere als rosig. Am meisten zweifeln die Bangladeshi selbst daran. "Jede künftige Regierung wird es schwer haben, wirtschaftliche Fortschritte zu

erzielen, die Voraussetzungen dazu sind nicht vorhanden", konstatiert Zillur Rahman, Soziologe am 'Institut für Entwicklungsstudien' von Bangladesh. "Die Menschen hier werden auch weiterhin Not leiden. Das nehmen sie hin. Aber sie nehmen nicht hin, daß sie systematisch manipuliert und ausgebeutet werden. Wir streben keine perfekte Demokratie an. Aber wir wollen wenigstens Ansätze zu einer Demokratie, ein Minimum an Demokratie, die funktioniert. In der jüngsten Volksbewegung haben die Menschen Werte an den Tag gelegt, die für eine Demokratie grundlegend sind: Solidarität, gegenseitige Unterstützung, Opferbereitschaft, Toleranz."

Ershad ist der erste der drei herausragenden Präsidenten, der nicht ermordet wurde. Das Volk hat durch seinen Aufstand nicht für ein überzeugendes politisches Alternativkonzept gekämpft, sondern gegen einen Diktator, den es satt hatte. Unbefriedigende Entwicklungsfortschritte, übermäßige Korruption, Ein-Mann-Show und Skandale haben Frustration und Zorn in weiten Teilen der Bevölkerung ausgelöst.

Ein-Mann-System zerbrochen

Ershad hatte sein Volk durch "politisches Geschäft", durch Korruption und Kooption regiert. Mitbeteiligung und politische Delegation waren ihm fremd. Der sanfte Diktator war zur politischen Show begabt, nicht aber dafür, die Herzen der Menschen zu gewinnen. Selbst die ungebildeten, aber nicht unintelligenten Dorfbewohner

hatten gespürt, daß sie selbstherrlich regiert und im Grunde mißachtet wurden. City-Verschönerungen beeindruckten sie nicht. Auch die viel propagierten Kernstücke der Regierung - Landreform und Dezentralisierung - wurden von der einfachen Bevölkerung als politischer Trick entlarvt. Über die Dezentralisierung versuchte Ershad seine Macht, aber nicht die Demokratie zu konsolidieren.

Daher reichte es am Ende aus, den Nerv des Systems zu treffen, um das ganze Gehäuse zum Einsturz zu bringen. Eine Schar von Studenten und Volksmassen in der Hauptstadt reichten aus, ein wohletabliertes System zu stürzen, indem es ihm seine einsame Spitze nahm. Nirgends an der Peripherie regte sich Widerstand gegen die revolutionäre Bewegung, obwohl die Regierung Ershad in punkto Stabilität, Befehls- und Ordnungsdisziplin, Krisenmanagement, Infrastruktur und Medikamenten-Policy Hervorragendes geleistet hatte.

Aziz-ul Haq, Landwirtschaftsminister unter Ziaur Rahman, schätzt die Aussichten für Demokratie nüchtern ein: "Wirtschaftlich sind wir in der Talsohle. Die gescheiterte Regierung hat das Volk ausgesaugt. Die Zahl der Millionäre hat zugenommen, doch das Volk ist ärmer geworden. Jede neue Regierung wird unbequeme Schuhe tragen müssen. Durch den Mut der Studenten und des einfachen Volkes haben wir jetzt wieder einen bescheidenen Lichtblick, der darin besteht, daß die



Frauen der Organisation 'Mahila Parishod' demonstrieren gegen Ershad (Foto: Altaf Hossain)

Vorstellungen der Wähler zukünftig mehr in Rechnung gezogen und ein volksnäheres politisches System entwickelt werden könnte. Neu ist, daß anstelle eines autoritären Ein-Mann-Systems der Ansatz zu einem Mehr-Parteien-System sichtbar ist. Dies würde künftig die Möglichkeit einer parlamentarischen Kontrolle und Gegenkontrolle bieten."

Hoffnung auf Mehrparteiensystem?

Welche der beiden großen Parteien, 'Awami League' oder 'Bangladesh National Party' (BNP) als Sieger aus den Wahlen hervorgehen wird, die Ende Februar stattfinden werden, läßt sich nicht eindeutig voraussagen. Der Awami League werden die größeren Chancen eingeräumt, nicht wegen ihres überzeugenden wirtschaftlichen oder politischen Konzepts, sondern wegen ihres starken Wählerrückhalts in den ländlichen Gebieten und wegen der Gefolgstreue ihrer Anhänger seit Staatsgründung. Das Bild des "Freundes der Bengalen", Mujibur Rahman, hat gegensätzliche Farben. Er war der große, gefeierte

Anführer der Befreiungsbewegung, der später sein eigenes Volk verhungern ließ und die Demokratie begrub.

Die BNP hingegen hat ihren Rückhalt in der Armee und unter den Studenten. Sie ist straffer organisiert und auf die städtische Mittelklasse hin orientiert. Das Charisma des preußisch-unbestechlichen Ziaur Rahman hat wieder an Anziehungskraft gewonnen. Wenn eine der beiden Parteien gezwungen wäre, mit einer der kleineren Parteien zu koalieren, würden 'Jamaat Islami', die Partei der Fundamentalisten, und eventuell sogar die unbeliebte 'Jatiya Party', die über starke Finanzen verfügt, eine Rolle spielen. Die Religion wird für die religiös verwurzelten Bangladeshis ein wichtiger Faktor bleiben, im Gegensatz zu atheistischen oder säkularen Ideologien. Doch keine der beiden großen Parteien, die selbst dringend der Demokratisierung bedürfen, hat über die früheren eigenen Versagen und Fehlkalkulationen genügend nachgedacht und Alternativen dazu entwickelt.

Bürokratie: der faule Kern

Hinsichtlich der Tragfähigkeit der Demokratie im not- und krisengeschüttelten Bangladesh melden daher kritische Beobachter Zweifel und starke Skepsis an. Bürokratie und Armee, die beiden heiligen Kühe der Nation, haben den Volksaufstand ungeschoren überstanden. Nicht ihnen, sondern dem Ershad-Regime galt die Revolution. Beide sind über jegliches vertretbare Maß hinaus aufgebläht und stehen einer funktionierenden Demokratie mißtrauisch bis ablehnend gegenüber. Die Armee nimmt den Staat in ihre Hand, wenn es ihr beliebt. Die Bürokratie maßt sich in vielen Bereichen, vor allem im wirtschaftlichen, Regelkompetenzen an, die für das Gemeinwohl und den Aufstieg der Armen schädlich ist. Im Grunde war bzw. ist nicht Ershad, sondern die Bürokratie das Hauptproblem des Landes. Darüber, daß eine Bürokratie, die alles zu reglementieren und kontrollieren versucht, dem Staat selbst den größten Schaden zufügt, hat bei der Bevölkerung und den Parteien noch nicht einmal die geringste Bewußtseinsbildung begonnen.

Dringend notwendige Strukturreformen müßten gleich am Beginn einer neuen Regierung stehen, solange diese noch von der Wählergunst getragen wird. Die Armee müßte verkleinert, unnötige Ministerien aufgelöst, eine große Zahl von Beamten entlassen, Banken privatisiert, Wirtschaft und Außenhandel liberalisiert, staatliche Industriebetriebe verkauft, der Geheimdienst überwacht und die Steuereintreibung ernst genommen werden. Nur so würden Voraussetzungen geschaffen, das Gemeinwohl zu verbessern, die Armut zu bekämpfen und den ländlichen Raum zu entwickeln. Doch spielen diese entscheidenden Reformfragen in den Konzepten der Oppositionsparteien nicht einmal eine untergeordnete Rolle.

Ob Mitverantwortung und Partizipation, also "local government" im weitesten Sinne, verwirklicht werden, wird über die Zukunft der Demokratie in Bangladesh entscheiden. Der Staat und vor allem seine Verwaltung müßten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auf ihre

Ershads 'anti-people'-Politik: Atombehörde mitten in einem Slum Dhakas (Foto: Walter Keller)

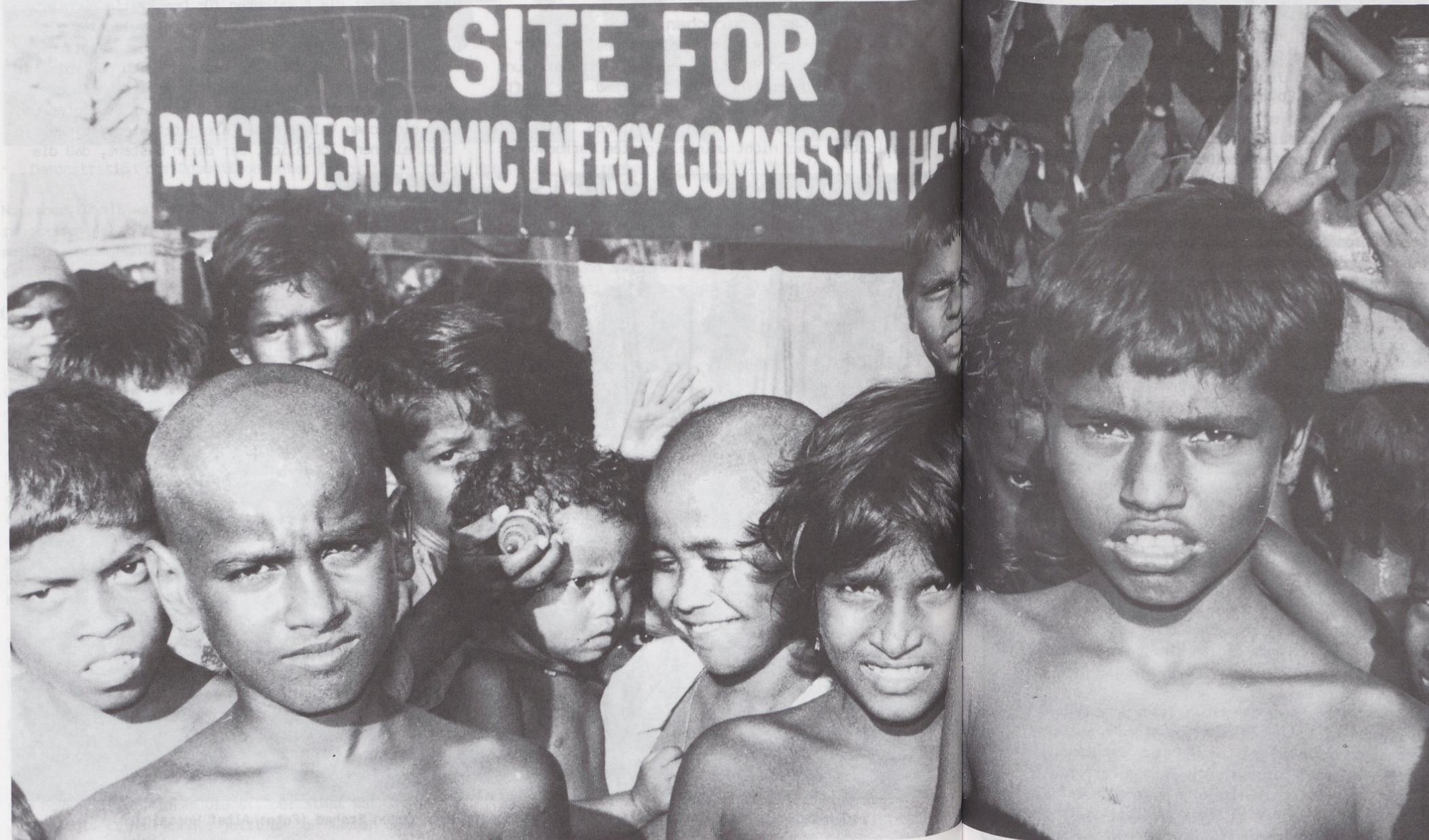
ureigensten Aufgaben verwiesen werden und den Eigeninitiativen der Menschen den Vorrang lassen. Das Dorf sollte vom Dorf, die Upozilla von der Upozilla, der Distrikt vom Distrikt und die Nation von der Nation regiert werden.

Partizipation und Eigeninitiative

Freiräume für Eigeninitiativen aller Art müßten geschaffen werden, vor allem für private Entwicklungsorganisationen (NGOs), die als Partner der Regierung und als notwendige Bausteine einer demokratischen Gesellschaft begriffen werden müßten. Demokratie lebt von Pluralismus, Alternativen, Wahlfreiheit. Sie basiert auf ethischen Prinzipien, die der Gewalt und Unterdrückung entgegengesetzt sind, und auf einem Menschenbild, das den Menschen als zu Verantwortung und Freiheit fähig begreift. Das Gemeinwohl hängt von der Verantwortung vieler Einzelner ab. Hier ist die breiteste Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit nicht nur von den Oppositionsführern und den NGOs, sondern von jedem Einzelnen zu leisten, sollen die Grundlagen der Demokratie Wurzeln schlagen.

"Wir haben eine große Chance erhalten. Wenn wir sie verpassen," seufzt Schriftsteller Ahmed Sofa, "wird sie nicht wiederkehren. Wenn es zur Rückkehr der Kasernen kommt, werden wir diesmal alles verlieren." Am 4. Dezember hat sich die Armee als Freund, nicht als Feind des Volkes erwiesen. Wird das Verhältnis so bleiben?

Die Siegesfreude von Anfang Dezember war nach einigen Tagen verflogen. Die erste Gewalt der Gegenkräfte kam





Richter des Verfassungsgerichts demonstrieren gegen das Ershad-Regime (Foto: Shahidul Alam)

aus dem Inneren der grossen Gefängnisse. Jetzt sind realistische und prinzipienfeste Konzepte und Programme gefragt, um die Kräfte des Volkes auf ihre Zukunftsaufgaben zu orientieren. Doch das sympathische Volk der Bangladeshi, das in Krisenzeiten zu Außergewöhnlichem fähig ist, verliert sich in ruhigen Zeiten leicht in sinnlosen Zwisten und lähmender administra-

tiver Ineffizienz. Freiheitsträume lassen sich die Deltabewohner nicht entreißen. Doch an pragmatischen Konzepten und notwendigen Strukturplanungen finden sie wenig Geschmack.

(eine Chronologie der Ereignisse haben wir auf den 'gelben Seiten' abgedruckt).

P.A. Felix, Mitarbeiter des Südasiensbüro in Dhaka berichtet Ende Januar:

Nun ist also tatsächlich Krieg im Golf ausgebrochen, was zur in Bangladesh derzeit immer weiter zunehmenden Unruhe eine weitere Komponente hinzufügt: Die Übergangsregierung unter Richter Shahabuddin Ahmed fühlt sich alleingelassen von den Parteien, die nur noch ihren eigenen Wahlkampf im Kopf haben und sich weder zu der geforderten Amnestie für Gefängnisinsassen, die unter dem alten Regime und seinen Ausnahmegesetzen eingesperrt wurden, äußern, noch distinguiert dazu, ob die 'Jatiyo Party' des gestürzten Präsidenten nun an den bevorstehenden Wahlen am 27. Februar teilnehmen kann oder nicht.

Die Übergangsregierung unterliegt auch dem Druck, das Kontingent von 2000 bengalischen Soldaten aus Saudi Arabien wieder zurückzubehalten. Schließlich seien die Soldaten unter dem Ershad-Regime vornehmlich deshalb entsandt worden, um dem größten Financier des Landes, den USA, sowie dem wichtigsten Öllieferanten, Saudi Arabien, zu schmeicheln. Diese Aktion sei durch die Verfassung nicht abgedeckt und stelle eine klare Parteinahme dar. Wegen dieser Kontroversen kommt es immer häufiger zu pro-Saddam Demonstrationen und zu blutigen Auseinandersetzungen.

Die direkt im Golfkonflikt verwickelten Staaten haben ihre in Bangladesh arbeitenden Staatsangehörigen aufgefordert, entsprechend Vorkehrungen zu treffen. Briten und Amerikaner haben bereits damit begonnen, Frauen und Kinder auszufliegen, die Auslandsclubs sind geschlossen und somit herrscht erneut eine Art "Ausnahmestandard". Niemand weiß, wie es weitergeht, Ausländer sind bereits angegriffen worden. Hinzu kommt noch der aufgestaute Zorn gegen das Ershad-Regime, dessen Zeit nicht zu Ende zu gehen scheint, nachdem die Nominierungen von Ershad für fünf Wahlkreise von der Wahlkommission für gültig erklärt wurden.

Demonstrationen gegen die USA und Präsident Bush und gegen die "imperialist forces" sowie gegen die Wahlteilnahme des alten Regimes und schließlich gegen die Gegner anderer Parteien beherrschen das Straßenbild und man weiß nie, wann man in eine unangenehme Situation gerät.

Die vereinigte Studentenschaft fordert sowohl die Übergangsregierung, als auch die eigenen Mutterparteien (vor allem 'Awami League' und 'Bangladesh National Party') klar dazu auf, die Ershad Partei ('Jatiyo Party') zu verbieten und die gesamte enge Gefolgschaft Ershads ins Gefängnis zu transferieren, statt sie weiterhin in Privathäusern zu internieren.